

**Die Präsidentinnen und Präsidenten der Bürgerschaft Hansestadt Greifswald und  
Stadtvertretungen Neubrandenburg und Neustrelitz sowie die 2. stellvertretende Präsidentin  
der Hansestadt Stralsund erklären:**

Theater und Orchester sind wichtige Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens in unserer Region. Der durch die Landesregierung in Gang gesetzte Diskussionsprozess zur Umstrukturierung der Theater und Orchester verunsichert die Beschäftigten der Häuser, kostet viel Zeit und wird letztlich nicht Ziel orientiert geführt.

Das in Auftrag gegebene METRUM-Gutachten verursacht mehr Fragen als dass es realistische Möglichkeiten neuer Arbeitsweisen aufzeigt. Die fachkundigen Theaterleiter sind nur unzureichend in die Prozesse einbezogen. Die Kommunikation der Landesregierung erfolgt offenbar sporadisch mit den Verwaltungsspitzen der Kommunen, jedoch nicht planmäßig und transparent mit den entscheidenden kommunalen Mandatsträgern.

Das ursprüngliche Vorhaben der Landesregierung, westlich und östlich der Autobahn A19 adäquate Theater- und Orchesterstrukturen zu schaffen, ist durch die „Schweriner“ Lösung und den nun erfolgten Abschluss der „Rostocker“ Zielvereinbarung gescheitert. Die Kommunen und Theater im Osten Mecklenburg-Vorpommerns erwarten von der Landesregierung nicht starres Beharren auf überholten Zielen, sondern einen Diskussionsprozess, der diesen Namen verdient. Das heißt auch, die neuen Bedingungen im Westen M-V zu betrachten. Mit einer Etablierung der Norddeutschen Philharmonie in Rostock neben der Mecklenburgischen Staatskapelle in Schwerin sehen wir die Orchesterstruktur im Osten gefährdet.

Wir sehen Kooperationen der Theater und Orchester positiv, wenn sie zu einer größeren Angebotsvielfalt für die Besucher führen und für die Häuser finanzielle Vorteile bringen. Die Landespolitik hat solche Vorhaben jedoch bisher nicht gefördert. Die im METRUM-Gutachten dargestellten möglichen Arbeitsweisen und Organisationsstrukturen lassen die genannten positiven Effekte stark bezweifeln. So ist die Tatsache, dass nur an einem Standort eine Schauspielsparte etabliert werden soll, in Hinsicht auf flexible und effektive Arbeitsweisen zweifelhaft. Unsere Fragen zur inhaltlichen und wirtschaftlichen Betrachtung des vorgesehenen Betriebes wurden bisher nicht beantwortet.

Die Landesregierung betrachtet die Theater und Orchesterstruktur lediglich unter finanziellen Aspekten. Für uns steht die bildungs- und gesellschaftspolitische Aufgabe zur Entwicklung unserer Region im Vordergrund. Aus diesem Grunde erwarten wir, dass an jedem Standort Angebote für Kinder und Jugendliche produziert und gezeigt sowie Theaterpädagogen eingesetzt werden.

In einem wirklichen Diskussionsprozess werden Varianten erläutert und abgewogen. Dieses Vorgehen können wir nicht feststellen. Wir erwarten, dass unsere Fragen, Bedenken und Vorschläge nicht übergangen werden. Erst nach Kenntnis des angekündigten Abschlussberichtes von METRUM können wir uns zu den ausgewiesenen Optionen äußern. In Anbetracht der zeitlichen Abläufe in den kommunalen Gremien ist eine kurzfristige Stellungnahme bis Jahresende nicht möglich. Wir haben den Anspruch, realistisch, umfassend und sachlich begründet der Arbeit unserer Theater und Orchester Raum zu geben.

Neubrandenburg, den 28.10.2014

gez. Maria Quintana Schmidt, 2. Stellvertreterin des Präsidenten der Hansestadt Stralsund  
gez. Birgit Socher, Präsidentin der Hansestadt Greifswald  
gez. Irina Parlow, Stadtpräsidentin Neubrandenburg  
gez. Christoph Poland, Stadtpräsident Neustrelitz